

31. Mai 2016, Pressecommuniqué, SBS unterstützt die Initiative Golay «Verschuldete Personen nicht noch stärker unter Druck setzen».

## Schweizer und Schweizerinnen werden in eine Schuldenspirale getrieben

**Unglaublich, aber wahr: Wer als SchweizerIn betrieben wird, zahlt zwar Schulden ab, wird aber gleichzeitig gezwungen, sich jeden Monat neu zu verschulden. Schuld daran ist die Regelung, dass Steuern bei der Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (BEX) nicht berücksichtigt werden.**

Werden **SchweizerInnen und Personen mit C-Bewilligungen** gepfändet, werden die laufenden Steuern bei der Berechnung des BEX nirgends berücksichtigt, weshalb die betroffene Person keine Möglichkeit hat, Geld dafür auf die Seite zu legen. Sie erhält im Nachhinein die Steuerrechnung und muss folglich diese Rechnung gleich wieder neu betreiben lassen. Eine unausweichliche Schuldenspirale.

Nicht so bei **AusländerInnen mit Quellenbesteuerung**. Die Steuern werden ihnen direkt vom Lohn abgezogen und erst der reduzierte Lohn wird bei der Lohnpfändung berücksichtigt. Die laufenden Steuern sind dadurch bezahlt. Dies ist eine Ungleichbehandlung.

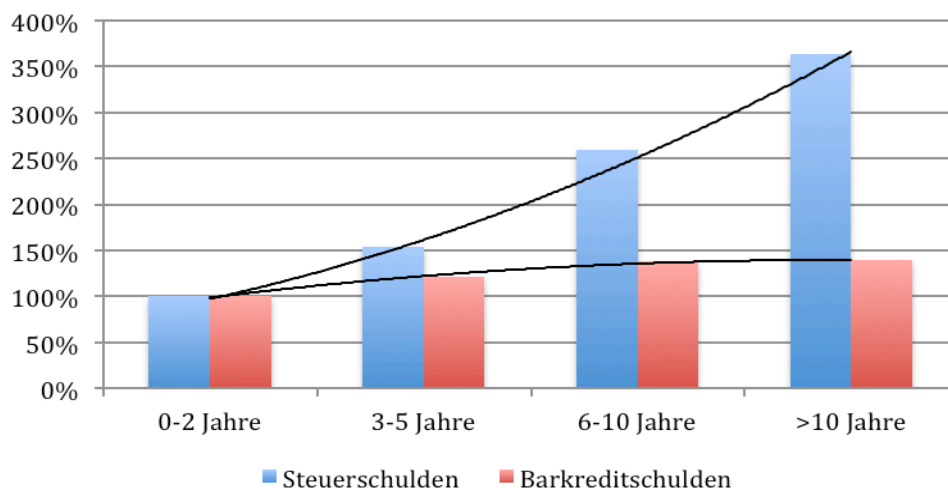
Bundesrat und eidgenössische Kommissionen argumentieren jeweils, es wäre eine Privilegierung des Staates, wenn die laufenden Steuern bei der Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (BEX) einberechnet würden. Diese Argumentation ist jedoch falsch:

Alle Schulden, die vor der Pfändung entstanden sind, werden gleich behandelt mit Ausnahme der in Art. 219 SchKG enthaltenen privilegierten Forderungen (z.B. Krankenkassen). Steuerschulden fallen nicht unter dieses Privileg. Der Fiskus ist sogar benachteiligt, weil seine Forderungen mit Verspätung fällig werden. Er liegt immer am Ende des Feldes.

Zudem können andere Gläubiger ihre Leistungen abbuchen (Abo), eine Kautions verlangen (Telekommunikation), ein Prepaid-System verordnen (Strom) oder die Abschlusserstellung eines neuen Vertrags verweigern (Privatversicherung). Das alles kann der Fiskus nicht. Die aktuelle Praxis hat nicht nur steigende Steuerausfälle zur Folge sondern weitere soziale Folgekosten für die öffentliche Hand, so z.B. Gesundheitskosten. Zu Gunsten der Privatwirtschaft.

(Basis 0-2 Jahre = 100)

### Entwicklung der Steuer- und Barkreditschulden nach Dauer der Überschuldung



## **Jubiläum: 20 Jahre Schuldenberatung Schweiz**

Der Dachverband der Schuldenberatungsstellen (SBS) in der Schweiz, feiert dieses Jahr sein 20-jähriges Bestehen!

Zwar ist es kein Grund zu feiern, dass es nach 20 Jahren SBS mehr überschuldete Personen gibt als vor 20 Jahren. Aber es ist ein Grund zu feiern, dass unsere 38 Fachstellen seit Jahren

- vielen Personen mit Rat und Tat zur Seite stehen,
- mit ihnen eine Sanierung möglich machen,
- mit Gläubigern gangbare Wege suchen,
- Menschen zu einer besseren Lebensqualität verhelfen, die mit ihren Schulden leben müssen, weil sie so wenig Einkommen haben, dass sie nicht sanieren können,
- Präventionsworkshops anbieten, in denen sie die Finanzkompetenz von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und anderen Gruppen stärken,
- Schulden in der Gesellschaft, auch strukturelle Erschwernisse (Steuern, Sanierungsrecht) thematisieren und Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying machen.

Zum Jubiläum hält Prof. Dr. Ueli Mäder ein Referat zum Thema «Schulden – im Kontext von Geld und Macht».

Für Rückfragen:

Sébastien Mercier, Geschäftsleiter SBS, Tel 079 933 67 02